

Grenzschutz mit Nebenwirkungen

Der Bund schottet die Landwirtschaft mit hohen Zöllen ab. Das hat ungewollte Folgen

Stefan Bühler

Der Kampf zwischen Bauernpräsident Markus Ritter und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann ist um eine Episode reicher. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats lehnt die Vorschläge des Bundesrats für die nächste Reform der Landwirtschaftspolitik ab: Die Regierung soll die «Gesamtschau zur Agrarpolitik» überarbeiten, beschloss sie diese Woche. Ein Etappensieg für Ritter - Schneider-Ammann hat aber noch die Chance, das Ratsplenum umzustimmen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Frage, wie viel Grenzschutz die Schweizer Landwirtschaft braucht. In der «Gesamtschau» hat der Bundesrat im November in Aussicht gestellt, die Schutzzölle für Agrarprodukte aus dem Ausland müssten mittelfristig um 30 bis 50 Prozent sinken. Nur so sei es möglich, neue Freihandelsabkommen im Interesse der Schweizer Exportindustrie abzuschliessen.

Der Bauernverband kritisierte sofort, die Bauernfamilien würden auf dem Altar des Freihandels geopfert; ein solcher Abbau des Grenzschutzes sei das Ende unserer Landwirtschaft.

Falsche Anreize

Ob die Behauptung stimmt, ist umstritten. Zweifellos geht es beim Agrarschutz um viel Geld; gemäss der Organisation für Zusammenarbeit in Europa (OECD) um rund 3,5 Milliarden Franken pro Jahr, welche die Schweizer Konsumenten in Form von höheren Preisen bezahlen. Doch ist fraglich, ob der Zollschutz in dieser Höhe nötig ist.

So hat das Magazin «Die Volkswirtschaft» aus dem Departement von Schneider-Ammann gerade diese Woche (kaum zufällig) über eine neue Studie zum Grenzschutz berichtet. Gemäss dieser bestehen verschiedene Möglichkeiten, Zölle im Lebensmittelsektor abzubauen, ohne die landwirtschaftliche Produktion zu beeinträchtigen. Am einfachsten, und vom Bundesrat bereits eingeleitet, ist der Zollabbau bei rund

300 exotischen Produkten und Früchten wie Bananen, die von keinem Schweizer Bauern produziert werden. Für die Landwirtschaft irrelevant sind auch Zölle auf Obst und Gemüse, wenn diese ausserhalb der Saison erhoben werden. Etwa auf Erdbeeren, die im Februar aus Spanien importiert werden. Wie sinnvoll solche Importe aus ökologischer Sicht sind, sei dahingestellt - für die Schweizer Bauern stellen sie aber keine Konkurrenz dar. Andere Zölle wiederum sind übertrieben hoch. So werden für ausländische

Butter an der Grenze pro Kilo gut 16 Franken Zoll fällig. Wenn aber das Kilo Butter in der EU wie zurzeit rund 8 Franken und in der Schweiz etwa 12 Franken kostet, dürfte bereits ein Zoll von etwas mehr als 4 Franken genügen, um die einheimischen Milchproduzenten vor der europäischen Konkurrenz zu schützen.

Die Zölle sind jedoch nicht nur mitunter zu hoch, sie führen auch zu falschen Anreizen. Dies zeige sich etwa bei Milch und Fleisch, sagt Adrian Aebi, Vizedirektor des Bundesamts für Landwirtschaft.

«Im Milchmarkt sind wir international wettbewerbsfähig, vor allem dank unseren beliebten Käsesorten.» Die Fleischproduktion sei hingegen in der Schweiz sehr teuer, «folglich sind wir hier weniger konkurrenzfähig».

Während der Zollschutz bei der Milch - aufgrund des Käsefreihandels - laut Aebi bereits tief ist, ist der Fleischmarkt stark geschützt. «Das führt dazu, dass es für viele Bauern attraktiver ist, Fleisch statt Milch zu produzieren», so Aebi - das weniger konkurrenzfähige Produkt ist also

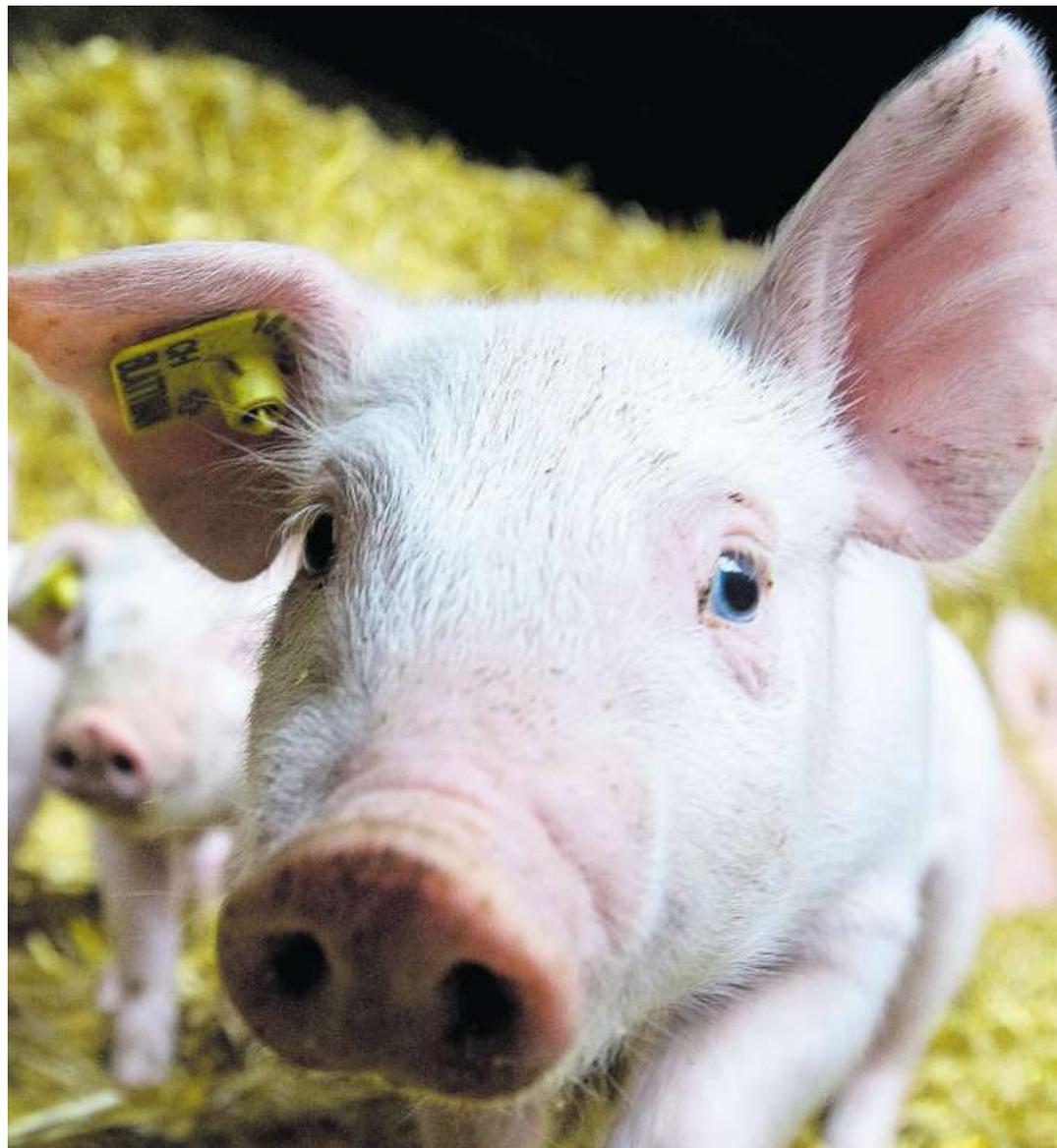
nur wegen des staatlichen Eingriffs im Vorteil.

Das habe, wie Andreas Bosshard vom Think-Tank Vision Landwirtschaft sagt, Folgen für die Umwelt. Nur dank dem hohen Grenzschutz lohne sich hierzulande etwa die Schweine- und Hühnermast. Dabei würden die Tiere meist mit Futter aus dem Ausland gemästet. «Futterhändler und die gesamte vorgelagerte Industrie sind die grössten Profiteure des Systems. Ihnen sichert der Grenzschutz einen künstlich aufrechterhaltenen Milliardenmarkt im Inland.» Diese «bodenunabhängige Produktion», so Bosshard, belaste hier die Umwelt durch den Ausstoss grosser Mengen des schädlichen Ammoniaks und richte wegen der intensiven Futterproduktion auch in andern Ländern Umweltschäden an.

Diskrete Profiteure

Kommt hinzu, dass die Schutzzölle wenig zielgerichtet wirken. Gemäss OECD fliessen fast drei Viertel der 3,5 Milliarden Franken aus dem Grenzschutz gar nicht zu den Produzenten, sondern in den Handel und die verarbeitende Industrie. Dies hat auch mit den Kontingenten zu tun: Da die Schweizer Landwirtschaft die Bevölkerung nicht mit allen Produkten ausreichend selbst versorgen kann, sind gewisse Importe nötig, etwa beim Rindfleisch. Um diesen Bedarf abzudecken, werden jeden Monat Kontingente festgelegt, die zu einem tieferen Zoll importiert werden dürfen.

Bewilligt und unter anderem über Auktionen zugeteilt werden diese Mengen vom Bund - jedoch auf Antrag der Branchenorganisationen. Diesen gehören nebst den Bauern auch der Handel und die verarbeitende Industrie an. Letztere können folglich nicht nur Waren günstig im Ausland einkaufen und zu höheren Preisen im Inland absetzen. Sie können die Preise in der Schweiz durch die Steuerung der Grösse der Kontingente selber beeinflussen. Eine komfortable Situation - und vielleicht mit ein Grund, warum der Widerstand gegen die Pläne des Bundesrats so heftig ist.



JEAN-CHRISTOPHE BOTT/NESTONE

Rentabel dank Schutzzöllen: Schweinemast in der Schweiz.